

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 23. Februar 2024, fast auf den Tag genau zwei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf das gesamte Territorium der Ukraine, veröffentlichte die EU ihr nunmehr 13. Sanktionspaket. Es sieht erwartungsgemäß rund 200 neue Listungen von Personen, Institutionen und Unternehmen vor, darunter sind auch einige Firmen aus Drittländern. Die Liste der handelsbeschränkten Waren wird insbesondere um Komponenten für die Entwicklung und Herstellung von Drohnen und industriell wichtige Güter wie elektrische Transformatoren erweitert.

Neben den Ausführungsbestimmungen zu den neuen EU-Sanktionen finden Sie in diesem Update auch neue Hinweise zur Umsetzung von Inhalten des 12. EU-Sanktionspakets aus dem Dezember. So hat die EU FAQs unter anderem zur verfügbaren „No-Russia-Clause“ veröffentlicht. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) legte zudem eine Allgemeine Genehmigung zur weiteren Nutzung von Software vor.

Außerdem finden Sie im Update Informationen zum umfassenden Sanktionspaket der USA gegen Russland, das ebenfalls vergangene Woche vorgelegt wurde und neben dem zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns bereits Bezug auf den Tod des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny in russischer Haft nimmt. Russland reagierte seinerseits auf die neuen Restriktionen der westlichen Staaten mit weiteren Einreiseverboten.

Für Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses bieten wir am 7. März ein Online-Briefing zu offenen Fragen aus dem 12. und 13. EU-Sanktionspaket an. Mehr dazu finden Sie in der Rubrik Termine. Falls auch die Bundesregierung ein Briefing organisiert, werden wir Sie dazu gesondert informieren.

Wie immer freuen wir uns über Feedback und Hinweise zum Sanktionsupdate!

OA-Update 2024/04
Stand: 28. Februar

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Muster für No-Russia Clause

Im letzten Update hatten wir Ihnen ein Muster für eine No-Russia-Clause übermittelt. Nun liegt dazu auch ein offizieller Vorschlag der EU vor, der am 22. Februar veröffentlicht wurde. Dazu gehören auch neue FAQ zu deren Ausgestaltung. Die Klausel war im Zuge des 12. EU-Sanktionspakets für eine Reihe von Warenlieferungen in Drittländer verpflichtend eingeführt worden und soll eine Weiterleitung von sanktionsrelevanten Waren nach Russland verhindern. Sie finden das Muster am Ende des verlinkten Dokuments unter Abschnitt 6. Hier der Link:

[Frequently asked questions concerning the “No re-export to Russia” clause and sanctions adopted following Russia’s military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/frequently-asked-questions-concerning-the-no-re-export-to-russia-clause-and-sanctions-adopted-following-russia-s-military-aggression-against-ukraine)

OA-Umfrage zum Mittleren Korridor

Mit Beginn des russischen Angriffskriegs vor zwei Jahren und durch die Einführung von Sanktionen gegen Russland auch für Transitgüter haben von Russland unabhängige Transportwege nach Asien an Bedeutung gewonnen. Der „Mittlere Korridor“ - der Transportweg über das Schwarze und Kaspische Meer nach Zentralasien und China – entwickelt sich dynamisch und die beteiligten Länder planen seinen weiteren starken Ausbau. Mit „Global Gateway“ ist auch die EU in den Ausbau des Mittleren Korridor involviert. Für deutsche Unternehmen mit Aktivitäten in China sowie in Zentralasien ist der Mittlere Korridor als Transitoption nach China und als direkter Weg nach Zentralasien bzw. in den Südkaukasus in beiden Richtungen von Interesse. Der Ost-Ausschuss will mit einer kurzen Umfrage ermitteln, welche Bedeutung der Mittlere Korridor für Ihr Unternehmen hat und künftig haben kann. Die Umfrage ist anonym und dient der Planung unserer Aktivitäten. Sie beinhaltet sechs Fragen und erfordert weniger als fünf Minuten Zeitaufwand. Wir würden uns freuen, Ihre Antworten bis zum **15. März 2024** zu erhalten:

[Umfrage zum "Mittleren Korridor" \(office.com\)](https://office.com)

2. Deutschland

BAFA-Genehmigung zum Thema IT-Services

Das im 12. EU-Sanktionspaket beschlossene Verbot von IT-Services, Softwareprogrammen und Dienstleistungen wie Rechtsberatung für in Russland tätige Tochtergesellschaften deutscher und europäischer Unternehmen hat viele Unternehmen in den letzten Wochen beschäftigt und Fragen aufgeworfen. Laut einer Klarstellung der EU (FAQ vom 6. Februar – siehe letztes Sanktions-Update) dürfen EU-Anbietern ihren internationalen Kunden mit russischen Tochtergesellschaften weiterhin Software bereitstellen. Das gilt allerdings nicht beim Verdacht der Sanktionsumgehung, etwa wenn der Kunde versucht, die Software für die überwiegende Nutzung durch eine in Russland gegründete Tochtergesellschaft oder jede andere in Russland ansässige juristische Person, Organisation oder Einrichtung zu erwerben. EU-Betreiber müssen entsprechende Due-Diligence-Prüfung durchführen, um eine Beteiligung an Sanktionsumgehungen zu vermeiden. Das Verbot tritt zum 20. Juni 2024 in Kraft. (Siehe FAQ Seite 339)

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Was die Zeit nach dem 20. Juni 2024 betrifft, hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) am 20. Februar die Allgemeine Genehmigung Nr. 42 bekannt gegeben, die die weitere Bereitstellung von Unternehmenssoftware und Dienstleistungen gemäß Art. 5n VO (EU) Nr.833/2014 betrifft. Ab dem 21. Juni 2024 bedarf es demnach – zunächst befristet bis zum 31. März 2025 – für bestimmte Software-Bereitstellungen und Dienstleistungserbringungen zugunsten von Tochterunternehmen in Russland keiner Individualgenehmigung, sondern einer (rechtzeitigen) Meldung als registrierter Nutzer.

Um die Ausnahmeregelung in Anspruch zu nehmen, müssen Sie sich als deutsches Unternehmen oder deutscher Staatsbürger beim BAFA als Nutzer registrieren lassen. Zum anderen bestehe eine Registrierungspflicht vor der ersten Nutzung oder binnen 30 Tagen danach beim BAFA, worauf der Jurist Patrik Pohlit von RSP International in seinem Blog hinweist. In der Meldung sei der Name des Dienstleisters sowie des Leistungsempfängers in Russland anzugeben. Zudem müsse der Name der deutschen Mutterorganisation angegeben werden, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der russische Leistungsempfänger steht. Die Registrierung erfolge mittels des ELAN-K2 Ausfuhr-Systems oder per E-Mail an allgemeine.genehmigungen.211@bafa.bund.de. Darüber hinaus bestehe eine Aufbewahrungspflicht der damit zusammenhängenden Unterlagen von drei Jahren.

Sie finden die Allgemeine Genehmigung auf dieser Seite:
[afk_genehmigungsarten_agg_agg42_2024_02\(3\).pdf](#)

Zur rechtlichen Einordnung finden Sie Erläuterungen unter anderem auf den Seiten dieser Kanzleien:

[Russland - BAFA Ausnahmegenehmigung für Software und Dienstleistungen \(rsp-i.info\)](#)

[Klarstellungen für konzerninterne Dienstleistungen und Unternehmenssoftware-Bereitstellungen zugunsten russischer Tochterunternehmen - Allgemeine Genehmigung Nr. 42 des BAFA \(gww.com\)](#)

[Russland-Embargo - Teil 2: 12. Sanktionspaket enthält wichtige Deadlines! | LUTHER Rechtsanwaltsgesellschaft mbH \(luther-lawfirm.com\)](#)

Exporte nach Russland gegenüber dem Vorjahresmonat um 32 Prozent gesunken

Die deutschen Exporte in die Russische Föderation sanken laut vorläufigen Erhebungen des Statistischen Bundesamts im Januar 2024 gegenüber Januar 2023 um 32,2 Prozent auf 0,6 Milliarden Euro. Im Januar 2024 lag Russland damit auf Rang 18 der wichtigsten Bestimmungsländer für deutsche Exporte außerhalb der EU. Im Februar 2022, dem Monat vor dem Angriff auf die Ukraine, hatte Russland noch Rang 5 belegt. Verglichen mit Dezember 2023 nahmen die deutschen Exporte in Nicht-EU-Länder leicht um 1,3 Prozent auf 59 Milliarden Euro zu.

[Pressemitteilungen - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

Kriegskosten: Wirtschaftsforscher sehen Schaden in Höhe von 200 Milliarden Euro allein für Deutschland

Rund um den zweiten Jahrestag der russischen Invasion in der Ukraine haben zwei deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute die möglichen Kosten des Krieges für die deutsche Volkswirtschaft berechnet.

Marcel Fatzscher, Chef des arbeitnehmernahen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), spricht gegenüber der „Rheinischen Post“ von deutlich mehr als 200 Milliarden Euro. „Vor allem die hohen Energiekosten haben das Wachstum in Deutschland im Jahr 2022 um 2,5 Prozentpunkte oder 100 Milliarden Euro und im Jahr 2023 bis heute um eine ähnliche Größenordnung nochmals reduziert“, so Fatzscher.

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) geht in einer detaillierteren Untersuchung von 240 Milliarden Euro aus. „Während die Ausfälle im Jahr 2022 bei rund 100 Milliarden Euro liegen, stiegen sie im Jahr 2023 auf gut 140 Milliarden Euro an“, so IW-Experte Michael Grömling laut einem Beitrag des Stern. Das entspricht Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von knapp 3 Prozent (2022) und gut 4 Prozent (2023). Der Anstieg sei neben den weiter zurückgefahrenen Konsumausgaben vor allem mit den erheblich höheren Produktionskosten aufseiten der Unternehmen zu begründen – und den damit einhergehenden Wettbewerbsverlusten. Allerdings sei in diesen Summen auch die Folgen der Coronapandemie in den Jahren 2022 und 2023 enthalten. Im vierten Quartal 2023 käme außerdem der Gaza-Krieg hinzu. Insgesamt sind in der deutschen Wirtschaft laut Berechnungen des IW durch die Krisen zwischen 2020 und 2023 in Summe 545 Milliarden Euro ausgefallen. Die Krise nach dem Platzen der Internetblase Anfang der 2000er-Jahre sorgte demnach innerhalb von vier Jahren für Ausfälle in Höhe von 255

Milliarden Euro. Bei der globalen Finanzmarktkrise ab 2008 waren es im gleichen Zeitraum 445 Milliarden Euro. Vergleicht man die Ausfälle mit der gesamten Wertschöpfung, die sich im Laufe der Jahre natürlich erhöht hat, steht die aktuelle Krise durch den Krieg in der Ukraine nicht an der Spitze. Da wird sie von der Finanzkrise von 2008/2009 übertroffen, in der 4,5 Prozent der Wertschöpfung verloren gingen. Bei Corona und Ukraine waren es insgesamt vier Prozent.

Kriegsschaden für Russland geht in die Billionen

Russland hat für seinen Krieg gegen die Ukraine nach Angaben aus Washington wahrscheinlich bis zu 211 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Die Summe beinhalte direkte finanzielle Aufwendungen für die Ausrüstung, den Einsatz und die Aufrechterhaltung der russischen Militäroperationen in der Ukraine, sagte eine hochrangige Beamtin im US-Verteidigungsministerium. Doch die wahren Kriegskosten liegen noch deutlich höher, rechnet man die negativen Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung und die Wirtschaft mit ein:

Bei den Kämpfen in der Ukraine sind amerikanischen Schätzungen zufolge bislang mindestens 315.000 russische Soldaten getötet oder verwundet worden. Diese Zahl nannte laut Spiegel-Online US-Vizepräsidentin Kamala Harris bei ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Mit Blick auf das entgangene mögliche Wirtschaftswachstum könnte der Krieg Russland sogar 1,3 Billionen Dollar kosten – wenn man hochrechnet, wie sich das Wachstum der russischen Wirtschaft von Kriegsbeginn bis 2026 ohne negative Kriegseinwirkungen entwickelt haben könnte. Die Kriegsschäden für die Ukraine wurden von der Weltbank zuletzt auf rund 500 Milliarden Euro geschätzt. Darin enthalten sind direkte Kriegszerstörungen in Höhe von etwa 150 Milliarden Euro, sowie Verluste aufgrund der verringerten Wachstumsperspektiven der Wirtschaft.

[Ukraine-Krieg: So berechnen Ökonomen die Kosten für Deutschland | STERN.de](#)

[Russland: Ukraine-Krieg kostet das Land bislang rund 211 Milliarden US-Dollar - DER SPIEGEL](#)

[Russlands Feldzug: So groß sind die Kriegsschäden in der Ukraine wirklich \(handelsblatt.com\)](#)

Bundesregierung verhandelt mit Rosneft

Nach Informationen des Handelsblatts aus Regierungskreisen trafen sich Vertreter von Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt vor wenigen Tagen mit Rosneft-Chef Igor Setschin, der als Vertrauter von Kremlchef Wladimir Putin gilt. Den Angaben zufolge fand das Treffen in Istanbul statt. Angeblich wurde bei dem Treffen erörtert, die Verstaatlichung unter bestimmten Bedingungen vorerst nicht weiter zu betreiben. Stattdessen, so hieß es weiter, wurde eine andere Lösung ins Gespräch gebracht: Die russische Seite müsse darauf verzichten, gegen eine abermalige Verlängerung der bestehenden Treuhandlösung zu klagen. Die Russen gewannen damit Zeit, einen Käufer für Rosneft Deutschland zu finden.

Das Bundeswirtschaftsministerium hatte das Verfahren, das in die Enteignung münden soll, Anfang Februar angestoßen und den Rosneft-Konzern in eine Anhörung einbezogen, die bis zum heutigen Freitag befristet ist. Die Anhörung ist einer Enteignung vorgeschaltet und Teil des förmlichen Verfahrens. Die aktuell bestehende Treuhandschaft ist bis zum 10. März befristet.

Laut Handelsblatts bestehe innerhalb der Ampelfraktionen im Bundestag und den verschiedenen Ministerien in der Debatte über die Zukunft von Rosneft Deutschland, der Tochter des russischen Rosneft-Konzerns und Mehrheitseigner unter anderem der Ölraffinerie im brandenburgischen Schwedt, noch kein Konsens. Während das Wirtschaftsministerium die Enteignung vorantreibt, sind Bundeskanzleramt und auch das Bundesfinanzministerium zurückhaltend, schreibt das Handelsblatt. Das Bundeskanzleramt fürchte Vergeltungsmaßnahmen der russischen Seite in Form von Enteignungen deutscher Unternehmen in Russland. Das Finanzministerium halte eine Verlängerung der bestehenden Treuhandschaft für den besseren Weg. Im Haus von Finanzminister Christian Lindner (FDP) verweise man außerdem auf mögliche Entschädigungsansprüche der Russen in beträchtlicher Milliardenhöhe.

Aus Sicht von Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist die vom Bundeswirtschaftsministerium angestrebte Rosneft-Enteignung angebracht, um dauerhaft die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Reinhard Houben, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, äußerte sich zurückhaltender zum Weiterbetrieb von Schwedt: „Wenn dies durch eine Verlängerung der Treuhänderschaft besser möglich ist als durch eine Enteignung, sollten wir diesen Weg gehen. Das wird die Bundesregierung in den kommenden Tagen klären“, sagte Houben dem Handelsblatt.

Interessenten, die den Anteil von Rosneft Deutschland an PCK Schwedt übernehmen könnten, stünden durchaus bereit. Genannt werde immer wieder der polnische Orlen-Konzern, ebenso die kasachische Ölgesellschaft Kazmunaygas. Die Kasachen hätten zuletzt auch als Öllieferanten für PCK Schwedt an Bedeutung gewonnen.

[Energieversorgung: Ampel streitet über Rosneft-Enteignung \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com/energie/energieversorgung/ampel-streitet-ueber-rosneft-enteignung/11771122.html)

Gemeinsame Empfehlungen zur Durchsetzung von Sanktionen – verdächtige Fallbeispiele für mögliche Sanktionsumgehungen

Deutschland, die Niederlande und Kanada schließen sich bei der Durchsetzung von Sanktionen zusammen und haben ein miteinander abgestimmtes Papier mit Empfehlungen zur Verhinderung von Sanktionsumgehungen veröffentlicht. Zur Begründung heißt es in der von Kanada veröffentlichten Pressemitteilung:

„Nach dem ungerechtfertigten Einmarsch der Russischen Föderation (Russland) in der Ukraine erhielten die Financial Intelligence Units der Niederlande (FIU-NL), Deutschlands (FIU DE) und Kanadas (FINTRAC) Berichte aus verschiedenen Quellen, in denen die mutmaßliche illegale Ausfuhr oder versuchte Ausfuhr von Gütern mit doppeltem

Verwendungszweck an russische Endverbraucher unter Verstoß gegen geltende Sanktionen oder Ausfuhrkontrollvorschriften beschrieben wurde. Gleichzeitig haben sich die meldenden Stellen in unseren jeweiligen Rechtsordnungen um zusätzliche Leitlinien für die Meldung verdächtiger bzw. - im Falle der Niederlande - ungewöhnlicher Transaktionen im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten und für die Durchführung von Risikobewertungen bei Kunden bemüht.

Eine Bewertung durch unsere jeweiligen Finanzermittlungsstellen ergab, dass unsere Rechtsordnungen nicht nur mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind, sondern dass die Personen und Einrichtungen, die an Aktivitäten zur Umgehung von Sanktionen und Exportkontrollmaßnahmen beteiligt sind, auch ähnliche Taktiken anwenden. Daher wurde diese gemeinsame Empfehlung von den oben genannten FIUs und in Absprache mit der FIU der Vereinigten Staaten (dem Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) des US-Finanzministeriums) entwickelt.“

Das Dokument enthält Beschreibungen und Visualisierungen von Methoden zur Umgehung von Dual-use-Sanktionen, die die beteiligten Länder beobachtet haben.

Von deutscher Seite gibt es innerhalb des Dokuments folgende Fallbeschreibung zur Umgehung von Sanktionen bei Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (deutsche Übersetzung aus dem Englischen):

„Zwei Finanzinstitute meldeten verdächtige Transaktionen an eine europäische FIU und berichteten über eine in Europa ansässige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Industrieausrüstungen exportiert und landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art importiert. Die Gründe für die Abgabe der Verdachtsmeldungen waren folgende: Drei Zahlungseingänge in Höhe von mehr als 500.000 Euro von einem türkischen Unternehmen auf ein kürzlich eröffnetes Girokonto, das in der Währung der Volksrepublik China (Renminbi Yuan) in Auftrag gegeben wurde. Ein erheblicher Teil dieser Zahlungen wurde an ein anderes Unternehmen mit Sitz in der Tschechischen Republik weitergeleitet. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung soll beim Kauf einer Industriemaschine als Zwischenhändler fungiert haben. Die Ermittlungen der meldenden Stellen ergaben, dass diese Maschine möglicherweise unter die Dual-Use-Verordnung fällt. In diesem Fall wäre ihre Ausfuhr streng verboten. Darüber hinaus wurden verschiedene eingehende Transaktionen in Höhe von über 700 000 Euro auf einem anderen Bankkonto der Gesellschaft mit beschränkter Haftung registriert. Der Großteil dieser Zahlungen stammte von zwei Organisationen mit Sitz in Russland. Von diesen 700.000 Euro wurden dann mehr als 75 Prozent an das oben genannte tschechische Unternehmen weitergeleitet.

Bei der Risikobewertung der Kunden der Finanzinstitute wurde festgestellt, dass sowohl der derzeitige als auch der frühere Geschäftsführer der GmbH (die auch Anteilseigner des Unternehmens sind) die russische Staatsbürgerschaft besitzen. Im Zuge der Analyse stellte die Financial Intelligence Unit fest, dass abgesehen von den Zahlungseingängen aus der Türkei und der anschließenden Weiterleitung in die Tschechische Republik keine nennenswerten Transaktionen auf dem oben genannten, erst kürzlich eröffneten Geschäftskonto stattfanden. Die Ermittlungen ergaben außerdem, dass es sich bei dem türkischen Absender der Gelder offenbar um eine neu gegründete Organisation handelt, die offenbar als Vermittler auftritt. Bei den russischen Kunden handelt es sich offenbar um Landmaschinenhändler. Die Produkte, die die europäische GmbH von dem tschechischen

Händler erworben und nach Russland und in die Türkei weiterverkauft hat, könnten unter Artikel 3k der Verordnung (EU) 833/2014 in Verbindung mit Teil A oder Teil C des Anhangs XXIII fallen. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die hier gehandelten Waren unter die Dual-Use-Verordnung fallen. Die Verdachtsmeldungen wurden an die zuständige nationale Strafverfolgungsbehörde weitergeleitet. Weitere Informationen über den Verlauf der Ermittlungen liegen derzeit nicht vor.

Anhaltspunkte für die Verdachtsmeldungen:

- Die Geschäftskonten der Gesellschaft mit beschränkter Haftung haben einen vorübergehenden Charakter.
- Möglicher Handel mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck.
- Zwischengeschaltete Dienstleistungen im Zusammenhang mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, z. B. nach Russland.
- Bei der türkischen Gesellschaft könnte es sich um eine Briefkastenfirma handeln, da es keine Hinweise auf weitere Geschäftstätigkeiten gibt.
- Die Verwendung einer chinesischen Währung (CNY) durch das türkische Unternehmen ist verdächtig.“

Siehe dazu auch:

[Joint financial intelligence advisory: illegal procurement of dual-use goods by Russian end-users \(canada.ca\)](#)

[BAFA - Ausfuhrkontrolle - Güterlisten](#)

Bosch schließt Fachgeschäfte in Russland

Die Fachgeschäfte der deutschen Bosch, der südkoreanischen LG und der japanischen Sony haben in Russland mit der Schließung begonnen, dies habe laut der Webseite Rusland.Capital die russische Tageszeitung Kommersant erfahren. Die Geschäfte der ausscheidenden Unternehmen würden bereits durch Filialen türkischer und chinesischer Anbieter ersetzt.

Neben den beiden asiatischen Unternehmen habe auch die deutsche Firma Bosch damit begonnen, ihre Monomarkenläden zu schließen, wie der Kundendienst des Anbieters gegenüber Kommersant erklärte. Nach Angaben des Betreibers wurden bis auf einen bereits alle Läden geschlossen, in denen noch Restposten verkauft werden. Über die Gesamtzahl der Verkaufsstellen machte der Kundendienst keine Angaben.

Viele ausländische Elektronikmarken, darunter LG, Sony und Bosch, haben seit Beginn der Kämpfe in der Ukraine ihre Lieferungen nach Russland eingefroren. Marktteilnehmern zufolge weigern sich die Einzelhandelspartner ausländischer Hersteller seit langem, ihre Geschäfte zu schließen, um Strafen der Vermieter zu vermeiden.

3. Europäische Union

Verabschiedung des 13. Sanktionspakets

Das 13. Sanktionspaket wurde am Freitag, den 23. Februar vom Europäischen Rat angenommen. Die wichtigsten Elemente des Pakets sind die folgenden:

- 106 natürliche und 88 juristische Personen wurden neu gelistet. Diese verteilen sich auf den Verteidigungs- und Militärssektor (einschließlich derjenigen, die an Waffenlieferungen der DVRK an Russland beteiligt sind), auf Mitglieder der Justiz, lokale Politiker und Personen, die für die illegale Abschiebung ukrainischer Kinder verantwortlich sind. Die Vermögenswerte der genannten Personen werden eingefroren, und EU-Bürgern und Unternehmen ist es untersagt, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen. Für natürliche Personen gilt zusätzlich ein Reiseverbot. Damit umfasst die EU-Liste mit Bezug zu Russland insgesamt nun mehr als 2.000 Unternehmen und Personen.
- Die Liste der beschränkten Güter, die zur technologischen Verbesserung des russischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors beitragen könnten, wird um Komponenten für die Entwicklung und Herstellung unbemannter Luftfahrzeuge (UAV) erweitert. Dies betrifft etwa elektrische Transformatoren sowie statische Wandler und Induktoren.
- Auch die Abgabe von Aluminium-Festkondensatoren ist verboten. Lieferungen von Transformatoren sind noch bis zum 25. Mai 2024 im Rahmen von Verträgen möglich, die vor dem 24. Februar geschlossen wurden. Die EU hat zudem den Export bestimmter Arten von Transistoren, Halbleiterwandlern und anderen elektronischen Geräten auf Halbleiterbasis sowie von Transistoren mit einer Leistung von 1 bis 500 Kilovoltampere nach Russland verboten. Außerdem ist die Lieferung bestimmter chemischer Elemente, elektronischer Platinen und von Geräten zur Halbleiterproduktion ist verboten. Auf der erweiterten Verbotsliste sind zudem Foto- und Videogeräte, insbesondere Fernseh- und Digitalkameras, Periskope und Unterwasserkameras. Verboten ist die Lieferung von Bauteilen für elektronische Geräte für die Industrie sowie der Export von Rhenium und Derivaten dieses Übergangsmetalls.
- Gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten verbieten auch Großbritannien, die Schweiz und Norwegen den Import von russischem Stahl und Gusseisen. Beim Import von Waren aus Eisenmetallen aus diesen Ländern benötigen EU-Unternehmen gleichzeitig keinen dokumentarischen Nachweis mehr, dass die Rohstoffe nicht russischen Ursprungs sind.
- 27 neue Einrichtungen wurden sanktioniert, weil sie den militärischen und industriellen Komplex Russlands direkt unterstützen sollen. Für diese Einrichtungen gelten nun strengere Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck sowie für Güter und Technologien, die zur technologischen Verbesserung des russischen

Verteidigungs- und Sicherheitssektors beitragen könnten. Bei 17 Unternehmen handelt es sich um russische Organisationen. Sanktioniert wurden aber auch Unternehmen aus Drittländern wie China, Türkei, Serbien und Kasachstan. Konkret betrifft dies etwa Guangzhou Ausay Technology Co Limited (China), Si2 Microsystems Pvt Ltd (Indien), Yildiz Çip Teknoloji Elektronik Elektrik Bilgisayar Malzemeleri Ticaret Sanayi Limited Sirketi (Türkei), Conex Doo Beograd-Stari Grad (Serbien), Thai IT Hardware Co., Ltd (Thailand), TOO Elem Group (Kasachstan).

Es ist das erste Mal, dass die EU in Verbindung mit Russland-Sanktionen auch China einbezieht. Die chinesische Regierung hat verärgert auf die Sanktionen reagiert. „China wird die legitimen Rechte und Interessen chinesischer Unternehmen entschieden schützen“, hieß es laut Table.Media in einer Erklärung des chinesischen Handelsministeriums. Die Sanktionen der Europäischen Union gegen chinesische Unternehmen aus Russland-bezogenen Gründen hätten keine Grundlage im Völkerrecht und würden sich negativ auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und China auswirken.

Die Rechtstexte zu den einzelnen Listen sind im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden und können hier eingesehen werden.

[Council Implementing Regulation \(EU\) 2024/753 of 23 February 2024 implementing Regulation \(EU\) No 269/2014 concerning restrictive measures in respect of actions undermining or threatening the territorial integrity, sovereignty and independence of Ukraine \(europa.eu\)](#)

[Council Decision \(CFSP\) 2024/747 of 23 February 2024 amending Decision 2014/145/CFSP concerning restrictive measures in respect of actions undermining or threatening the territorial integrity, sovereignty and independence of Ukraine \(europa.eu\)](#)

Die Rechtstexte zu den Wirtschaftssanktionen wurden ebenfalls im Amtsblatt der EU veröffentlicht und können hier und hier abgerufen werden.

[Regulation - EU - 2024/745 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

[Decision - CFSP - 2024/746 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Weitere Informationen finden Sie auch hier in der entsprechenden Pressemitteilung des Rates.

[Russia: two years after the full-scale invasion and war of aggression against Ukraine, EU adopts 13th package of individual and economic sanctions - Consilium \(europa.eu\)](#)

Veröffentlichung neuer FAQs

Die Europäische Kommission hat am 22. Februar zusätzlicher Fragen und Antworten (FAQ) veröffentlicht, unter anderem auch eine Übersicht mit Antworten zu sechs Fragen bezüglich der No-Russia-Clause. Sie können diese neuen FAQ hier abrufen.

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia - European Commission \(europa.eu\)](#)

[Frequently asked questions concerning the “No re-export to Russia” clause and sanctions adopted following Russia’s military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Konsolidierte Fassung der FAQ zu den Russland- und Belarus-Sanktionen (Stand 22. Februar):

[Consolidated version - European Commission \(europa.eu\)](#)

Von der Leyen: Russisches Geld für Waffenkäufe nutzen

Rund 264 Milliarden Euro an russischem Vermögen hat die EU eingefroren. Die EU sollte nach Ansicht von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Gewinne aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten für den Waffenkauf für die Ukraine verwenden. „Es ist an der Zeit, ein Gespräch darüber zu beginnen, die unerwarteten Gewinne aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten zu nutzen, um gemeinsam militärische Ausrüstung für die Ukraine zu kaufen“, sagte sie vor dem Europäischen Parlament. „Es könnte kein stärkeres Symbol und keine bessere Verwendung für dieses Geld geben, als die Ukraine und ganz Europa zu einem sichereren Ort zum Leben zu machen“, wird sie von Spiegel-Online zitiert.

Hintergrund ist die Diskussion über den Umgang mit eingefrorenen Vermögenswerten aus Russland nach dessen Einmarsch in die Ukraine. Die USA dringen darauf, die rund 264 Milliarden Euro an eingefrorenem Geld für die Ukraine zu verwenden. Die EU-Staaten wollen dagegen aus juristischen Gründen nur die anfallenden Zinsen aus den eingefrorenen Guthaben nutzen. Zwei Drittel der Vermögenswerte sind in der EU eingefroren worden.

Sanktionen zum Schutz der Republik Moldau

Der Europäische Rat hat am 22. Februar Sanktionen gegen sechs Personen und eine Organisation verhängt, die laut EU für Handlungen verantwortlich sind, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau destabilisieren, untergraben oder bedrohen.

„Die Republik Moldau ist eines der Länder, das am stärksten von den Folgen der illegalen Invasion Russlands in der Ukraine betroffen sind. Es gibt ernsthafte, zunehmende und anhaltende Versuche, das Land zu destabilisieren. Die heutigen Auflistungen sind ein

weiteres wichtiges politisches Signal für die unerschütterliche Unterstützung der EU für die Republik Moldau, ihre Stabilität, Unabhängigkeit und Souveränität. Die EU ist weiterhin entschlossen, gegen diejenigen vorzugehen, die unsere direkte Nachbarschaft destabilisieren“, kommentierte Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Rat verhängte Sanktionen gegen die paramilitärische Organisation „Scutul Poporului“, die wiederholt versucht habe, die demokratische Regierung der Republik Moldau zu untergraben, unter anderem durch Anstiftung zu Unruhen und gewalttätigen Demonstrationen, sowie gegen ihren Anführer. Zu den weiteren sanktionierten Personen gehört der stellvertretende Leiter der Abteilung für operative Aufklärung des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes, der seit 2016 für die verdeckten Operationen Russlands in der Republik Moldau, insbesondere in der Region Transnistrien, verantwortlich sein soll. Darüber hinaus sanktionierte der Rat Führungskräfte von Medienkonzernen, denen mehrere Medienkanäle im Land gehören, die häufig Botschaften verbreiten, die den demokratischen politischen Prozess behindern und untergraben. Die Liste umfasst auch andere Personen, die an der Verbreitung von Desinformationen und der Aufstachelung zu Gewalt und Angst beteiligt sind oder mit dem Fall „Bankbetrug“ in Verbindung stehen.

Die genannten Personen werden mit einem Einfrieren ihrer Vermögenswerte belegt. Den EU-Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen ist es untersagt, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen. Außerdem gilt für die sechs Personen ein Reiseverbot, das ihnen die Einreise in und die Durchreise durch EU-Gebiete untersagt.

[Republic of Moldova: six individuals and one entity listed for undermining the rule of law, stability and security in the country - Consilium \(europa.eu\)](#)

EU verzichtet zunehmend auf Kupfer aus Russland

Die EU hat im vergangenen Jahr 62.372 Tonnen Kupfer aus Russland importiert, 79 Prozent weniger als noch 2022. Dies berichtet der US-Wirtschaftsanalyst S&P laut einer Meldung der russischen Wirtschaftszeitung Vedomosti. Kupfer ist von der EU bislang nicht mit Sanktionen belegt, um extreme Marktausschläge zu vermeiden. Eine wichtige Rolle bei der Reduzierung der Kupferimporte spielte laut Vedomosti der Hamburger Kupferproduzent Aurubis, der größte Produzent in der EU. Aurubis habe seine Lieferverträge mit Russland nicht verlängert. Im Gegenzug steigerte Russland seine Kupfer-Exporte nach China um 14 Prozent auf 370.815 t und in die Türkei um 61 Prozent auf 171.260 t. Damit konnte es beinahe die Hälfte der weggefallenen Lieferungen in die EU kompensieren. Zum Wert der Kupfer-Ausfuhren macht der Bericht keine Angaben. Eine Tonne des Metalls kostet zurzeit an der Londoner Metallbörse rund 8500 US-Dollar.

[Поставки российской меди в ЕС в 2023 году снизились почти в пять раз - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Debatte: Kann die EU ganz ohne russisches Gas auskommen?

Nach Angaben der EU-Kommission hat die Gemeinschaft im vergangenen Jahr knapp 15 Prozent ihrer Gasimporte aus Russland bezogen. Das ist zwar deutlich weniger als vor dem Ukrainekrieg, als Russland rund die Hälfte der europäischen Gasimporte lieferte. Doch während der Rückgang vor allem am Ausfall wichtiger Pipelines wie Nordstream 1 liegt, war Russland im vergangenen Jahr immer noch der drittgrößte Exporteur von Flüssigerdgas, das per Schiff verladen wird. Das geht aus Daten der Denkfabrik Institute for Energy Economics and Financial Analysis (IEEFA) hervor. Österreich, Ungarn und die Slowakei nutzen allerdings weiterhin auch Pipelinegas in großem Stil.

Anders als bei russischem Erdöl haben die EU-Mitglieder die Einfuhr von Gas aus Russland wegen der hohen Abhängigkeit einiger Länder in ihrer Energieversorgung nicht untersagt. In Österreich bleibt diese Abhängigkeit über Langfristlieferverträge weiter enorm hoch: Im Dezember kamen 98 Prozent der Gasimporte aus Russland, im Gesamtjahr 2023 immerhin fast zwei Drittel.

Der Chef des ukrainischen Gasanbieters Naftogaz Oleksi Tschernischow bietet den Europäern an, verstärkt auf LNG-Importe aus den USA und der Golfregion zu setzen, um russisches Erdgas überflüssig zu machen und bietet die Speicherung dieses Gases in der Ukraine an. Die Ukraine habe mit 31 Milliarden Kubikmetern die größten Gasspeicher Europas, die selbst zu Hochzeiten nur zur Hälfte genutzt seien. Hier könne Europa sein Gas speichern, ohne im Winter auf russische Lieferungen angewiesen zu sein – gerade wenn der Transit russischen Gases durch die Ukraine ab Ende 2024 aufhören soll. Die Ukraine selbst decke ihren Verbrauch mittlerweile komplett aus eigener Produktion.

Das fehlende Verbot von Gasimporten aus Russland hat dazu geführt, dass einige EU-Länder heute mehr Flüssigerdgas aus Russland importieren als vor Kriegsbeginn. Spanien hat seine Importe nach Daten von IEEAF im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2021 verdoppelt, Belgien gar verdreifacht. Auch Frankreich gehört zu den großen Importeuren: 80 Prozent der russischen Flüssigerdgas-Importe in die EU gingen im vergangenen Jahr allein in diese drei Länder. Mengenmäßig steht Spanien an der Spitze: Das Land bezog im vergangenen Jahr 6,7 Milliarden Kubikmeter Flüssigerdgas aus Russland. Teresa Ribera, spanische Ministerin für den ökologischen Wandel, hat die spanischen Importeure bereits schriftlich gebeten, kein Gas mehr aus Russland zu kaufen. Die Konzerne verweisen dagegen auf lang laufende Lieferverträge, die sie einhalten müssten. Ohne ein europäisches Importverbot müssten sie Vertragsstrafen zahlen. Ähnlich argumentiert der französische Konzern Total Energies, der mit 20 Prozent am LNG-Projekt Yamal in Sibirien beteiligt ist und dabei mit dem russischen LNG-Produzenten Novatek kooperiert. Als Unternehmen sei Total Energies vertraglich an die LNG-Produktion des Joint Ventures Yamal in Russland gebunden, sagte Total-Energies-Chef Patrick Pouyanné vor einigen Monaten dem Handelsblatt. „Juristisch haben wir keine Möglichkeit zum Ausstieg, ohne den Russen Dutzende Milliarden Euro an Vertragsstrafe zu zahlen“, sagte Pouyanné. „Die Russen würden weiter Geld bekommen, ohne Gas zu liefern. Das wäre doch absurd!“ Nur wenn Europa russisches LNG mit Sanktionen belege, könne Total Energies den Vertrag wegen höherer Gewalt kündigen. Diesen Schritt hätten die EU-Staaten aber nicht gehen wollen, auch, damit die Energiepreise für die europäischen Bürger nicht noch stärker stiegen. Ähnlich argumentiert in Österreich der OMV-Konzern für seine Verträge mit Erdgas.

Experten sind überzeugt, dass Europa Sanktionen verhängen könnte, ohne die Gasversorgung zu gefährden. „Europa braucht kein Gas mehr aus Russland“, sagt Ana Maria Jaller-Makarewicz, Energieanalytikerin von IEEFA. Zum einen sei die Nachfrage in Europa im vergangenen Jahr um rund 20 Prozent gesunken – unter anderem durch mehr Effizienz, die schnelle Umrüstung auf Wärmepumpen und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien. Zum anderen hätten die EU-Mitglieder ihre Bezugsquellen diversifiziert und bezögen jetzt mehr Flüssigerdgas aus anderen Ländern, allen voran aus den USA. Auch die deutsche Wirtschaftsministerin Ulrike Malmendier fordert einen Boykott von russischem Gas. „Die EU wäre gut beraten, kein weiteres Gas mehr aus Russland zu beziehen und mögliche Probleme solidarisch zu regeln“, sagte die Ökonomin der „Rheinischen Post“. Es gebe inzwischen gute Substitute. „Von dieser Seite droht uns keine Gefahr mehr, zugleich könnte ein Gas-Boykott wirkungsvoll sein“, sagte das Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eines Beratergremiums der Bundesregierung. „Die Wirkung der Sanktionen ist enttäuschend. Russlands Wirtschaft ist resilienter und offenbar auch nicht so international verflochten, wie sich das viele westliche Experten gedacht haben“, sagte die Ökonomin. Trotzdem sollte man die Schraube bei den Rohstoff-Sanktionen weiter anziehen. Deutschland sei mit dem Energieschock erstaunlich gut fertig geworden.

Transit durch Ukraine läuft Ende 2024 aus

Die Europäische Kommission hat sich laut Informationen von BNE Intelligence inzwischen zur Zukunft des russischen Erdgastransits über die Ukraine geäußert. EU-Energiekommissar Kadri Simson erklärte am 15. Februar, es bestehe keine Notwendigkeit, den Vertrag zwischen Moskau und Kiew, der diese Lieferungen abdeckt, über sein Auslaufen Ende dieses Jahres hinaus zu verlängern. Die Analyse der EU zeige, dass Länder, die bisher über die Transitstrecke beliefert wurden, darunter Österreich, Italien und die Slowakei, in der Lage sein werden, alternative Lieferungen zu erhalten, so Simson. „Wir haben kein Interesse daran, das trilaterale Gastransitabkommen mit Russland zu verlängern, das Ende dieses Jahres ausläuft“, sagte Simson in einer Sitzung des EU-Parlamentarsausschusses. „Nach unseren vorläufigen Analysen gibt es alternative Lösungen, um diese Länder zu versorgen, die immer noch etwas Gas über die ukrainische Route erhalten.“

Über die Pipelines durch die Ukraine werden derzeit noch etwa 12 Milliarden Kubikmeter pro Jahr aus Russland nach Südosteuropa geliefert. Dies ist eine von nur noch zwei Routen, da die Unterwasserpipeline der Nord Stream 2022 durch Sabotage unbrauchbar gemacht werden und die Jamal-Europa-Pipeline auf dem Landweg wegen der Sanktionen kein Gas mehr nach Westen leiten kann. Eine weitere verbleibende Route ist das TurkStream-Pipelinesystem, wobei einer der beiden Stränge mit einem Volumen von 15,75 Mrd. Kubikmeter pro Jahr für den europäischen Markt bestimmt ist.

Die staatliche ukrainische Gasgesellschaft Naftogaz und der Netzbetreiber GTSOU unterzeichneten im Dezember 2019 einen fünfjährigen Gastransitvertrag mit dem russischen Unternehmen Gazprom, wobei die Europäische Kommission eine wichtige Rolle bei der Vermittlung des Abkommens in letzter Minute spielte. Der Vertrag sieht vor, dass Gazprom in diesem Jahr für den Transit von 40 Milliarden Kubikmetern Gas durch die Ukraine zahlen muss, unabhängig davon, wie viel es tatsächlich transportiert. Seit Mai

2022 liefert das russische Unternehmen jedoch weniger Gas als vereinbart und zahlt weniger, als es laut Vertrag müsste.

Experten zufolge könnte das Auslaufen des Transitabkommens zu einem leichten Anstieg der europäischen Gaspreise führen, würde aber kein ernsthaftes Risiko für die Energieversorgungssicherheit der EU darstellen, da die EU über beträchtliche Gasvorräte verfügt und Zugang zu umfangreichen LNG-Lieferungen auf dem internationalen Markt hat.

[Ukraine-Krieg: Warum Europa immer noch so viel Gas aus Russland importiert \(handelsblatt.com\)](#)

[bne IntelliNews - EU says no need to extend Ukrainian gas transit deal](#)

Lettland verbietet Lebensmittelimporten aus Russland und Belarus

Das lettische Parlament hat die Einfuhr von Lebensmitteln aus Russland und Belarus, auch über Zwischenländer, verboten, nachdem Landwirte gegen die Einfuhr von „Blutgetreide“ protestiert hatten. Dies berichtet die unabhängige Zeitung „Moscow Times“ nach Informationen von Märkte Weltweit Medien.

Anfang Februar hatten Tausende von Landwirten in 16 Städten des Landes für ein Verbot von russischem Getreide demonstriert, das ihrer Meinung nach die Kriegsanstrengungen des Kremls in der Ukraine finanzieren würde. Die Änderung, die noch von Präsident Edgars Rinkevics genehmigt werden muss, soll bis Juli 2025 gelten und kann dann gegebenenfalls verlängert werden. Das Verbot gilt nicht für Getreide, das Lettland auf dem Weg in andere Länder der Europäischen Union passiert.

„Wir handeln schnell, um das Einfuhrverbot zu verhängen, aber der Transport von Getreide aus Russland und Belarus durch unsere Seehäfen bleibt eine heikle Angelegenheit“, sagte Landwirtschaftsminister Armands Krauze. „Lettland kann seine Importe aus Russland verbieten, aber nur die EU kann sich auf ein koordiniertes Vorgehen einigen, wenn es um das Verbot der Durchfuhr russischer Produkte in EU-Gebiete geht“, fügte er hinzu.

Lettland ist ein wichtiger Importeur von russischen Lebensmitteln, einschließlich Getreide und Ölsaaten. Obwohl Lettland einen jährlichen Überschuss von 3 Millionen Tonnen Getreide für den Export produziert, hat es im vergangenen Jahr 425.000 Tonnen russischen Getreides eingeführt – was sogar einen Anstieg um 60 Prozent im Vergleich zu 2022 bedeutete, wie die Zolldaten zeigen. Dieser offensichtlich im Widerspruch zu europäischen Standards und Zielen stehenden Praxis soll nun ein Ende gesetzt werden.

Klage von belarussischem Unternehmen auf Delisting wird abgelehnt

Das Gericht der EU hat in einem Urteil den Antrag des belarussischen Unternehmens Grodno Azot auf Streichung von der EU-Sanktionsliste abgelehnt, wie Global-Sanctions.com berichtet (Rechtssache T-117/22).

Das Gericht stellte fest, dass die EU keinen Fehler begangen hat, als sie Grodno Azot im Dezember 2021 wegen Unterstützung des Lukaschenko-Regimes sanktionierte, da es sich um den größten staatlichen Hersteller von Stickstoffverbindungen handelt, der von Präsident Lukaschenko als ein wichtiges und strategisches Unternehmen bezeichnet wurde.

[CURIA - Dokumente \(europa.eu\)](#)

Sanktionsumgehung durch Kirgisistan: Wohin fahren all die Autos?

Ein fragwürdiger Trend ist auf dem kirgisischen Automobilmarkt zu beobachten. Wie das Nationale Statistikkomitee Kirgisistans berichtet, stiegen die Autoimporte aus Ostasien im vergangenen Jahr sprunghaft an. Mehr als 79.000 chinesische Fahrzeuge wurden 2023 nach Kirgisistan geliefert, verglichen mit nur 1.773 im Jahr zuvor. Kirgisistan importierte auch über 50.000 Autos aus Südkorea, was einer Verzehnfachung gegenüber 2022 entspricht. Die Zahlen hat BNE Intellinews ermittelte.

Insgesamt importierte Kirgisistan im Jahr 2023 184.789 Autos, verglichen mit 41.241 im Vorjahr. Die offiziellen Zahlen für Autoexporte waren im selben Zweijahreszeitraum bescheiden: 8.733 im Jahr 2023 und 1.008 im Jahr 2022. Einige Beobachter vor Ort bezweifeln die Genauigkeit der Regierungszahlen, insbesondere der Exportzahlen, und weisen darauf hin, dass eine russische Website, die die Automobilindustrie der Region verfolgt, zuvor berichtet hatte, dass Kirgisistan im Jahr 2023 mindestens 60.000 Fahrzeuge nach Russland exportiert hat. Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs wird Kirgisistan in Washington und Brüssel kritisiert, weil es als Hintertür für den Handel dient und Russland hilft, die westlichen Sanktionen zu umgehen. Einen Großteil der erfassten Autos dürften demnach in China produzierte Modelle westlicher Unternehmen sein. Die Lieferung von Luxusautos im Wert von über 50.000 Euro ist laut EU-Sanktionen verboten.

4. Russland

Neue Einreiseverbote gegen EU-Vertreter

Als Reaktion auf die neuen EU-Sanktionen hat Russland inzwischen eine Ausweitung von Einreiseverboten angekündigt. Mehrere Vertreter von europäischen Strafverfolgungsbehörden und Handelsorganisationen sowie Bürger von EU-Ländern, die die Ukraine militärisch unterstützten, dürfen nun nicht mehr nach Russland einreisen, teilte das Außenministerium in Moskau mit. Die Behörde nannte allerdings weder konkrete Namen noch die Anzahl der betroffenen Europäer, meldet Tagesschau.de.

[Заявление МИД России об ответных мерах на тринадцатый «пакет» санкций Евросоюза в отношении России - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Russland verbietet Benzin-Exporte

Laut einer Meldung der russischen Wirtschaftszeitung RBK hat die russische Regierung ein Exportverbot für Benzin verhängt. Es gilt ab dem 1. März an für ein halbes Jahr gelten und soll den Preisanstieg im Inland bremsen. Außerdem sollen die russischen Produzenten mehr Dieselmotorkraftstoff an der Börse handeln müssen. Seit Jahresbeginn stiegen die Börsenpreise der Kraftstoffe um bis zu 23 Prozent. Im vergangenen Jahr bestand im September und Oktober bereits ein Exportverbot sowohl für Benzin als auch für Diesel, nachdem ihre Großhandelspreise stark gestiegen waren.

[Новости дня в России и мире — РБК \(rbc.ru\)](#)

Sanktionsumgehung: Russische Regierung legt Richtlinien für Außenhandels-Tauschgeschäfte vor

Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation und das Russische Exportzentrum haben laut Informationen von RSP International Richtlinien zu Außenhandels-Tauschgeschäften erarbeitet. Sie erläutern, wie grenzüberschreitende Barterverträge unter den bestehenden Sanktionsbeschränkungen abgeschlossen und durchgeführt werden können.

Die bestehenden Sanktionsbeschränkungen machten es erforderlich, dass Vertragsparteien teilweise auf neue Märkte ausweichen, deren Landeswährung nicht konvertierbar ist oder eine hohe Volatilität aufweisen. In diesem Zusammenhang erfreue sich das Instrument der Tausch- bzw. Bartergeschäfte wieder zunehmender Beliebtheit, schreibt RSP International. Grenzüberschreitende Tauschgeschäfte ermöglichen den Austausch von Waren und Dienstleistungen mit ausländischen Unternehmen, ohne dass internationale Geld-Transaktionen erforderlich sind.

Ein ernsthaftes Hindernis für Tauschgeschäfte sei jedoch die Notwendigkeit einer objektiven Bestätigung der Gleichwertigkeit der getauschten Waren. Das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung hat zusammen mit dem Russischen Exportzentrum dazu nun Richtlinien erarbeitet.

[Russland - Grenzüberschreitende Tauschgeschäfte \(rsp-i.info\)](https://rsp-i.info)

Russischer Stahl-Millionär Antipow wegen Kontakten in die USA inhaftiert

Der russische Millionär Juri Antipow und seine Frau sind im Zusammenhang mit einer Betrugsermittlung in Russland festgenommen worden, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur „TASS“ nach Angaben von Märkte Weltweit Medien. Gleichzeitig seien Stahlwerke des Milliardärs in der Stadt Tscheljabinsk von der russischen Regierung beschlagnahmt worden. Die Staatsanwaltschaft argumentiere, dass die Werke nach dem Zusammenbruch der UdSSR in den frühen 1990er Jahren illegal privatisiert worden seien. „Antipow, der Eigentümer des Tscheljabinsker elektrometallurgischen Werks, wurde im Rahmen einer strafrechtlichen Betrugsuntersuchung festgenommen“, sagte eine Quelle der Strafverfolgungsbehörden gegenüber „TASS“. Forbes Russia listete Antipow zuletzt als 170. reichste Person des Landes mit einem Nettovermögen von 700 Millionen US-Dollar im Jahr 2021. Zuvor hatte ein Schiedsgericht in der russischen Region Swerdlowsk in einer nichtöffentlichen Sitzung beschlossen, drei Fabriken des Tscheljabinsker Elektrometallurgischen Werks zu beschlagnahmen, die dem Antipow gehören.

Die Staatsanwaltschaft hatte ihn, seine Frau und ihr Joint Venture Etalon Anfang des Monats verklagt und behauptet, er habe die Vermögenswerte der Werke in Länder transferiert, die Russland gegenüber „unfreundlich“ seien, darunter die Vereinigten Staaten. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft wurden die Vermögenswerte übertragen, um „die nationalen Interessen, die Verteidigung und die Sicherheit Russlands zu schädigen“, da die Stahlwerke eng mit Rüstungsunternehmen zusammenarbeiten. Antipows Verteidigung bestritt, dass die Werke mit dem militärisch-industriellen Sektor des Landes in Verbindung stünden, und argumentierte stattdessen, dass ihre Produkte an metallurgische Werke geliefert würden, die wiederum Stahl an Rüstungsunternehmen lieferten.

USA verhängen 500 neue Sanktionen gegen Russland

Nach dem Tod von Kremlkritiker Nawalny kündigte Präsident Biden 500 neue Sanktionen gegen Russland an, wie unter anderem Tagesschau.de vermeldet. Die Strafmaßnahmen richteten sich gegen Personen, die im Zusammenhang mit Nawalnys Inhaftierung stünden, gegen die russische Finanzbranche und den militärisch-industriellen Komplex und auch Unternehmen aus Drittstaaten. „Wir verhängen auch neue Ausfuhrbeschränkungen für fast 100 Unternehmen, die Russlands Kriegsmaschinerie durch die Hintertür unterstützen“, so Biden. Damit soll verhindert werden, dass bestehende Sanktionen über Drittländer umgangen werden. „Wir ergreifen Maßnahmen, um die Einnahmen aus dem russischen Energiesektor weiter zu reduzieren“, sagte Biden weiter. Zudem habe er sein Team angewiesen, die Unterstützung „für die Zivilgesellschaft, die unabhängigen Medien und all jene, die sich rund um den Globus für Demokratie einsetzen“, zu verstärken.

Auch die Betreibergesellschaft NSPK, die das russische Kartenzahlungssystem MIR verwaltet, wurde auf ihre Sanktionsliste gesetzt. Laut NSPK hätten die Sanktionen aber keine Auswirkungen auf die Nutzung der Karten innerhalb Russlands. Ob die MIR-Karten weiterhin im Ausland angenommen werden, liege im Ermessen der ausländischen Banken. Uneingeschränkt können MIR-Karten zurzeit ohnehin nur in Venezuela, Kuba und Belarus benutzt werden.

Zu den neuen US-Maßnahmen zählen auch Sanktionen gegen drei russische Regierungsbeamte im Zusammenhang mit dem Tod Nawalnys, teilte das US-Finanzministerium mit. Zusätzlich zu in Russland ansässigen Personen und Einrichtungen würden auch Menschen außerhalb Russlands ins Visier genommen, „die den Transfer kritischer Technologie und Ausrüstung an die militärisch-industrielle Basis Russlands erleichtern, orchestrieren, sich daran beteiligen oder diesen anderweitig unterstützen“. Es handele sich um Personen und Einrichtungen in elf Ländern, darunter China, die Vereinigten Arabischen Emirate und Liechtenstein. Sechs chinesischen Unternehmen wird vorgeworfen, Mikroelektronik nach Russland zu liefern, unter anderem auch solche „ausländischer Herkunft“. Auf der schwarzen Liste finden sich zudem vier serbische Unternehmen, denen die USA vorwerfen, russische Käufer mit Elektronik, Ausrüstung und Mikrochips zu beliefern. Gelistet wurde zudem Rheingold Edelmetall, eine in Liechtenstein ansässige Investmentfirma für Edelmetalle sowie drei deutsche Staatsbürger des Nachnamens Diegelmann. Nach Angaben des US-Finanzministeriums hätten sie die russische Herkunft der Edelmetalle, mit denen sie arbeiteten, verschleiert und russischen Kunden bei Kauf und Verkauf von Edelmetallen geholfen.

Als Folge der neuen Sanktionen werden mögliche Vermögenswerte der Betroffenen in den USA gesperrt. US-Bürgern oder Menschen, die sich in den Vereinigten Staaten befinden, sind Geschäfte mit den sanktionierten Firmen und Personen untersagt. Auch internationale Geschäfte werden durch die Sanktionen für Betroffene meist deutlich schwieriger.

Das OFAC zielt insbesondere auf die zentrale Finanzinfrastruktur Russlands ab, einschließlich des Betreibers des nationalen Zahlungssystems Mir sowie russischer Banken, Investmentfirmen und Finanztechnologieunternehmen (Fintechs). Die Sanktionen zielen auch auf das Alubuga-Beschaffungsnetzwerk, das Russland für die Beschaffung unbemannter Luftfahrzeuge (UAVs) nutzt, sowie auf eine Reihe von Sektoren, die mit der militärisch-industriellen Basis Russlands zusammenhängen.

Der stellvertretende US-Finanzminister Wally Adeyemo kündigte zudem weitere Sanktionen im Zusammenhang mit dem westlichen Preisdeckel für russische Ölexporte in Drittstaaten an. Die Verschärfung zielt darauf ab, „die Einnahmen des Kremls zu schmälern und gleichzeitig zu ermöglichen, dass Öl auf den Markt gelangt“. Das US-Außenministerium sanktioniere außerdem diejenigen, die dafür sorgten, dass Russland weiterhin bedeutende Einnahmequellen im Energiebereich habe, so die US-Regierung. Mit diesem Geld würde Russlands Fähigkeit aufrechterhalten, den Angriffskrieg gegen die Ukraine weiterzuführen. Um den Ölpreisdeckel besser durchzusetzen haben die USA am 23. Februar auch 14 Tanker der staatlichen russischen Reederei Sowcomflot auf eine schwarze Liste gesetzt. Ziel sei es, die russischen Einnahmen aus Ölverkäufen zu verringern, teilte das US-Finanzministerium mit. „Sowcomflot ist als Muttergesellschaft in Verstöße gegen die Preisobergrenzen und in betrügerische Aktivitäten verwickelt“, sagte ein Ministerialbeamter. Die Listung solle sie dazu zwingen, einige Schiffe nicht mehr zu nutzen und den Absatz des Öls erschweren. Das US-Finanzministerium hatte bereits im Oktober 27 Tankschiffe wegen Verstoßes gegen die Preisobergrenze mit Sanktionen belegt. Viele dieser Ölfrachter liegen seither vor den Häfen vor Anker, wie aus den Schiffsdaten hervorgeht.

Zudem wollen die USA gerichtlich gegen mehrere russische Oligarchen in den USA vorgehen. „Das Justizministerium setzt sich mehr denn je dafür ein, die illegalen Geldströme zu unterbrechen, die Putins Krieg anheizen, und diejenigen, die ihn weiterhin zulassen, zur Verantwortung zu ziehen“, erklärte US-Justizminister Merrick Garland laut Spiegel-Online. In New York und Washington sowie in den US-Bundesstaaten Florida und Georgia seien Verfahren gegen mehrere Oligarchen eingeleitet worden. Unter ihnen befindet sich Andrej Kostin, der Chef der zweitgrößten russischen Bank VTB. Kostin wird unter anderem der Geldwäsche und der Umgehung von Sanktionen beschuldigt. Er besitzt zwei Yachten, die laut dem US-Justizministerium zusammen einen Wert von mehr als 125 Millionen Euro haben.

US-Übersicht über die Maßnahmen:

[On Second Anniversary of Russia's Further Invasion of Ukraine and Following the Death of Aleksey Navalny, Treasury Sanctions Hundreds of Targets in Russia and Globally | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russia-related Designations; Issuance of Russia-related General Licenses and new and amended Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Presseberichte:

[Biden kündigt rund 500 neue Sanktionen gegen Russland an | tagesschau.de](#)

US-Außenministerium warnt Unternehmen vor weiteren Geschäften in Russland

Das US-Außenministerium warnt in einer Mitteilung Unternehmen, die noch in Russland aktiv sind, vor zunehmenden Risiken. „Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, dass Geschäfte in der Russischen Föderation und in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine ernste rechtliche und finanzielle Risiken sowie Reputationsrisiken bergen“, schreibt das State Department. „Das kleptokratische Umfeld in Russland untergräbt den fairen Wettbewerb und die Rechtsstaatlichkeit und macht Unternehmen anfällig für Erpressung, Beschlagnahmung von Eigentum und Maßnahmen der US-Strafverfolgungsbehörden. Unternehmen riskieren zunehmend schwerwiegende zivil- und strafrechtliche Strafen, wenn sie die zahlreichen Wirtschaftssanktionen, Exportkontrollen und Einfuhrbeschränkungen umgehen, die von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten und Partnern gegen Russland verhängt wurden“, heißt es weiter in der Mitteilung. Darüber hinaus seien Unternehmen gezwungen, bei der militärischen Mobilmachung Russlands mitzuwirken und könnten in die Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen des brutalen Krieges Russlands gegen die Ukraine verwickelt werden. „Die schwerwiegenden Risiken, die sich aus diesem Umfeld ergeben, können zwar durch eine strenge Sorgfaltspflicht gemildert werden, ein erhebliches Risiko bleibt jedoch wahrscheinlich bestehen.“

USA will eingefrorene russische Vermögen für die Ukraine nutzen

US-Finanzministerin Janet Yellen hat nach einem Bericht von „Märkte Weltweit Medien“ dazu aufgerufen, Gewinne aus den vom Westen eingefrorenen russischen Vermögen an die Ukraine weiterzuleiten. Es sei „dringend notwendig“, einen Weg zu finden, den Wert dieser stillgelegten Vermögenswerte freizusetzen, sagte Yellen laut „AFP“ in São Paulo, wo sie am Treffen der G20-Finanzminister teilnahm. Dies sei wichtig, um den anhaltenden Widerstand und den langfristigen Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen, erläuterte Yellen. Die Weiterleitung der Gelder an die Ukraine würde „einen Anreiz schaffen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und einen gerechten Frieden mit der Ukraine auszuhandeln“, betonte Yellen.

Mit ihrer Forderung richtete sich die US-Finanzministerin konkret an die Gruppe der G7, zu der außer den USA auch Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan und Kanada gehören. „Die G7 sollten zusammenarbeiten, um eine Reihe von Ansätzen zu prüfen: Die Beschlagnahmung der Vermögenswerte selbst oder deren Verwendung als Sicherheiten für Kredite auf den globalen Märkten“, sagte Yellen.

Die Staatengruppe will in São Paulo am Rande des Treffens der G20-Finanzminister gesondert zusammenkommen, um über die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland zu sprechen, wie aus Kreisen der G7 verlautete.

Sowohl in den USA als auch in Europa mehren sich die Forderungen nach der Einrichtung eines Fonds für die Ukraine, in welchen die wegen des Kriegs vom Westen eingefrorenen russischen Vermögen fließen sollen. Dabei handelt es sich um schätzungsweise 397 Milliarden US-Dollar aus Bankguthaben, Yachten, Immobilien und anderem Eigentum russischer Oligarchen, die Kremlchef Wladimir Putin nahestehen.

Neue General Licenses und FAQ mit Bezug zu Russland

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums veröffentlichte die Russland-bezogene General License 88, „Genehmigung der Abwicklung von Geschäften mit bestimmten am 23. Februar 2024 gesperrten Unternehmen“; die Russland-bezogene General License 89, "Ermächtigung zur Abwicklung und Ablehnung von Geschäften mit bestimmten Finanzinstituten, die am 23. Februar 2024 gesperrt sind“; die General License 90, "Genehmigung bestimmter Transaktionen im Zusammenhang mit Schulden oder Eigenkapital von oder Derivatkontrakten, an denen bestimmte am 8. April 2024 gesperrte Unternehmen beteiligt sind", und die General License 91, "Genehmigung von begrenzten Sicherheits- und Umwelttransaktionen, an denen bestimmte gesperrte Personen oder Schiffe beteiligt sind.“

Das OFAC hat außerdem drei neue, Russland betreffende häufig gestellte Fragen (FAQs 1164-1166) herausgegeben und acht Russland betreffende häufig gestellte Fragen (FAQs 886, 887, 1019, 1022, 1025, 1027, 1092 und 1154) geändert.

Das OFAC hat auch die SDN-Liste sowie die Liste der sektoralen Sanktionen (Sectoral Sanctions Identification - SSI) aktualisiert.

Hier alle Maßnahmen und Links in der Übersicht:

[Russia-related Designations; Issuance of Russia-related General Licenses and new and amended Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Chinesische Banken stellen Russlandgeschäfte ein - Türkische Exporteure fordern Regierung zur Missachtung von US-Sanktionen auf

Drei von vier großen chinesischen Staatsbanken wollen keine Zahlungen mehr von sanktionierten russischen Finanzinstituten annehmen, dies berichtete laut der Frankfurter Rundschau die russische Tageszeitung Isvestia am 21. Februar. Es handelt sich demnach um die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), die China Construction Bank und die Bank of China. Die drei Banken hätten Transaktionen seit Anfang des Jahres 2024 gestoppt, teilte Alexey Poroshin, Generaldirektor des Investment- und Beratungsunternehmens First Group, gegenüber Isvestia mit. Die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) gilt laut der Wirtschaftswoche als die größte Bank in

China. Auslöser ist offenbar das zwölfte Sanktionspaket gegen Russland, welches die EU im Dezember 2023 beschlossen hatte. Die USA erließen zum selben Zeitraum Sekundärsanktionen für ausländische Institute, die den Krieg unterstützen könnten. Neben den drei chinesischen Banken will laut dem Bericht auch die Zhejiang Chouzhou Commercial Bank Geschäfte mit Russland einstellen, wie die russische Zeitung Wedemosti berichtet. Exporte aus China nach Russland könnten bis mindestens März ins Stocken geraten, so die Quelle weiter.

Der stellvertretende russische Außenminister, Andrey Rudenko, stritt am Freitag (09. Februar) mutmaßliche Probleme im Zahlungsverkehr zwischen China und Russland ab. Rudenko räumte zwar ein, dass einige chinesische Banken sich aus Sorge vor Sanktionen mit Investitionen in Russland zurückhalten. Gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur Tass zeigte er sich jedoch „zuversichtlich, dass dieses Problem gelöst werden wird.“

Auch türkische Banken stoppen Geschäft

Unterdessen haben offenbar auch die meisten türkischen Banken den Zahlungsverkehr mit Russland weitgehend eingestellt und kündigen jetzt auch russische Konten, dies berichtet die Berliner Zeitung. Infolgedessen gingen die türkischen Exporte nach Russland im Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat nach Angaben der Versammlung der türkischen Exporteure (TIM) um 30,4 Prozent zurück, von 792,1 auf 551,1 Millionen US-Dollar, berichtet die türkische Geschäftszeitung Ekonomim. Exporteure, die ihre Erlöse aus Russland seit Januar nicht mehr über Banken erhalten konnten, würden neue Aufträge an China und andere Länder verlieren.

Die Exporte seien weitgehend zum Stillstand gekommen und der Geldtransfer mit Russland sei „wie mit dem Messer abgeschnitten worden“, zitiert Ekonomim Quellen aus der Wirtschaft. Die Probleme hätten sich richtig gezeigt, nachdem US-Präsident Joe Biden im Dezember des letzten Jahres einen Erlass über sogenannte Sekundärsanktionen unterzeichnet hatte, und hätten nach dem Besuch des US-Außenministers Antony Blinken in der Türkei Anfang Januar noch mehr zugenommen.

Banken lehnen seitdem viele Transaktionen aus Russland unter Hinweis auf „verbotene Produkte“, aber auch in vielen anderen Fällen ab. Aus diesem Grund versuchen einige Unternehmen, die Exportzahlungen durch Überweisungen zu erhalten, die über Banken in einem Drittland und nicht über russische Banken abgewickelt werden. Grundsätzlich fordern die Exporteure von der Regierung der Türkei jetzt „eine Ausnahme, um das Geld aus den Exporten ins Land zu bringen“. Es wird darauf hingewiesen, dass das türkische Recht es erlaube, Erlöse aus dem Handel mit derzeit 33 Ländern unter Umgehung von Banken zu erhalten und diese auch nicht anzumelden. Interessanterweise beinhaltet diese Liste bereits Länder wie Belarus, den Iran, Nordkorea, Kuba, Syrien und Jemen. Türkische Unternehmen wollen jetzt eine ähnliche radikale Ausnahme für Russland.

Es ist noch unklar, ob Ankara auf diese Bitte eingehen wird. Die türkische Regierung hat aber bereits eine Lösung für die wichtigsten Sektoren wie der Textil-, Konfektions-, Schuh- und Lebensmittelbranche gefunden: Die Überweisungen können jetzt über die staatliche Emlak-Katılım-Bank abgewickelt werden. Für sogenannte Güter mit doppeltem Verwendungszweck, wie Kommunikationsgeräte, haben die Behörden noch keine Ausnahmen gemacht. Das Problem mit den Zahlungen gefährdet nicht nur die türkischen

Exporte nach Russland, sondern auch umgekehrt die russischen Rohstoff-Ausfuhren in die Türkei. Russische Ölexporteure hätten in den letzten Wochen ebenfalls keine Zahlungen aus der Türkei erhalten, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Ähnliche Probleme, wenn auch in deutlich geringem Maße, erleben russische Unternehmen und ihre Handelspartner derzeit auch in China und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

[Desaster für Russland: Durch neue Sanktionen lässt Chinas größte Bank Putin hängen \(fr.de\)](#)

[Sanktionen der USA: Türken fordern Geldtransfer mit Russland ohne Banken \(berliner-zeitung.de\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien und Kanada

Neue Russland-Sanktionen

Kanada und Australien haben ebenfalls aus Anlass des zweiten Jahrestages des Einmarsches Russlands in der Ukraine die Ausweitung von Personensanktionen und weitere Maßnahmen angekündigt.

Neu sanktioniert werden von Kanada demnach zehn Personen und 153 Einrichtungen, die das russische Militär durch Finanzierung, Logistik und Umgehung von Sanktionen unterstützen. Verboten wird die Ausfuhr von Sprengstoffen, Verarbeitungseinheiten, Kugellagern, Antennen, optischen Geräten und bestimmten anderen Gütern, die für militärische Zwecke verwendet werden könnten.

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](https://international.gc.ca/regulations/eng/13001/regulations/2022-02-24)

Australien hat 55 Personen und 37 Einrichtungen sanktioniert, die an der Deportation ukrainischer Kinder, Russlands Verteidigungs-, Energie-, Medien- und Mineraliensektor sowie an Beschaffungsnetzwerken in Belarus, Iran und Nordkorea beteiligt sind:

[Two years on, Australia stands with Ukraine | Australian Minister for Foreign Affairs \(foreignminister.gov.au\)](https://foreignminister.gov.au/stories/foreignminister/2022/02/21/20220221-01)

Großbritannien

Neue Sanktionen mit Bezug auf den zweiten Jahrestag des Krieges und Nawalny

Am 21. Februar hat Großbritannien Sanktionen verhängt gegen die Führungsriege der Strafkolonie IK-3 Polar Wolf, in welcher der Oppositionelle Alexej Nawalny einsaß und verstarb. Sechs Personen wurden im Zuge dessen sanktioniert, unter denen Gefängnisleiter Oberst Wadim Kalinin und seine Stellvertreter sind. Ihnen ist die Einreise nach Großbritannien verboten, ihre Vermögenswerte im Vereinigten Königreich sind eingefroren.

Neue britische Russland-Sanktionen richten sich zudem gegen Munitionshersteller sowie Elektronik-, Diamanten- und Ölhandelsunternehmen. Restriktionen gelten fortan auch gegen Unternehmen, die nach Ansicht Londons mit dem russischen militärisch-industriellen Komplex in Verbindung stehen, sowie gegen Ausrüstungsimporteure und Erdölhändler. Sanktioniert wurden der Diamantenproduzent AGD Diamonds und Almazny Mir und die Swerdlow-Werk in Dserschinsk. Gelistet wurde zudem Arctic LNG 2 samt seines Direktors Oleg Karpuschin, der Ölexporteur Paramount Energy & Commodities SA, der die Preisobergrenze auf russisches Erdöl umgehe, sowie die Reedereien Fractal Marine DMCC, Beks Ship Management und Active Shipping. Etliche ausländischer

Unternehmen, etwa aus der Türkei und China, wurden in dem Zusammenhang sanktioniert, wie die Kammer in Moskau berichtet.

Großbritannien hat zudem den CEO von ALROSA, Pawel Marinytschew, den Vorstandsvorsitzenden von Mechel, Igor Sjusin, den ersten Vizevorstand von NOVATEK, Lew Feodosjew und die Vorstände Viktor Nesterenko, Irina Gaida, Alexey Orel, Valerij Krjukov sanktioniert. Desweiteren der Vorstandsvorsitzende von OMK Anatolij Sedych, die Eigentümer der Ural Mining and Metallurgical Company (UMMC) Eduard Tschuchlebow und Igor Kudrjaschkin sowie der Generaldirektor des UMMC-Tochterunternehmens BusinessGlobus, Alexander Bunin.

Insgesamt sind gegen mehr als 50 natürliche und juristische Personen neuen Sanktionen verhängt worden. Die britischen Sanktionen betreffen bislang über 2.000 Bürger und Unternehmen

[New UK sanctions mark 2 years since Russia's illegal invasion of Ukraine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk)

Außenministerium legt Sanktionsstrategie vor

Die britische Regierung hat ein Sanktionsstrategiepapier mit dem Titel „Deter, Disrupt and Demonstrate - UK sanctions in a contested world“ veröffentlicht, in dem der Ansatz des Vereinigten Königreichs bei Sanktionen erläutert wird. In dieser Strategie werden wichtige Entwicklungen bei der Anwendung von Sanktionen dargelegt und wie Sanktionen noch wirksamer gemacht werden sollen.

[Deter, Disrupt and Demonstrate – UK sanctions in a contested world \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk)

Verlängerung von Ausnahmen bei Stahlimporten

Die britische Regierung hat eine General License für den Import von sanktioniertem Eisen und Stahl geändert. Die neue Regelung erlaubt die Nutzung von russischen Eisen- und Stahlerzeugnisse, die vor dem 23. Juni 2023 hergestellt oder produziert wurden. Bislang galt der 21. April 2023 als Stichtag.

[General Trade Licence for sanctioned iron and steel - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk)

Schweiz

Die Schweiz verstärkt Sanktionskontrolle

Die Schweiz geht verstärkt gegen Unternehmen und Personen vor, die Russland-Sanktionen über das neutrale Land umgehen wollen, dies berichtet der Berliner Tagesspiegel. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) habe ein Expertenteam zur

Durchsetzung der Sanktionen eingesetzt, die die Regierung in Bern nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine vor fast zwei Jahren verhängt hatte, wie die Behörde der Nachrichtenagentur Reuters mitteilte.

Die Schweiz war im vergangenen Jahr in die Kritik geraten, nicht genug gegen russische Gelder auf Schweizer Bankkonten unternommen zu haben. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ging die Behörde 230 möglichen Sanktionsverstöße nach, hieß es weiter. Ein Teil der Fälle sei auf Hinweise von Finanzunternehmen und Zollbeamten und anderen Ländern zurückgegangen. Dies habe 47 Verfahren nach sich gezogen. Neun davon seien mit der Verhängung von Bußgeldern abgeschlossen, 20 Fälle eingestellt worden. Etwa 18 Fälle seien noch aktiv, und es kämen ständig neue hinzu, so das Seco. Die meisten Fälle beträfen Verstöße gegen das Verbot der Ausfuhr von Luxusgütern oder Produkten nach Russland, die die Kriegsanstrengungen der Führung in Moskau unterstützen könnten. Anfang Dezember hatte das Seco die im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Russland gesperrten Vermögen auf 7,7 Milliarden Franken geschätzt.

[Unternehmen und Personen stärker im Visier: Schweiz will die Umgehung von Russland-Sanktionen verhindern \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/sanktionen-gegen-russland-schweiz-will-die-umgehung-verbieten-10238882.html)

VAE

Banken der Emirate verringern Russland-Geschäft

Auch Banken in den Vereinigten Arabischen Emiraten drosseln jetzt offenbar den Zahlungsverkehr mit Russland, dies berichtet die Berliner Zeitung. Zuvor hatte es derartige Meldungen auch aus China und der Türkei gegeben. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) gehören seit dem russischen Angriff auf die Ukraine zu den „freundlichen“ Ländern, die Russland bei der Umgehung der Sanktionen nachweislich behilflich sind. Das Land im Nahen Osten wurde bereits im ersten Kriegsjahr zum Zentrum für die sogenannten Parallel-Importe von Elektronik nach Russland. Russland seinerseits wurde zum wichtigsten Goldlieferanten der VAE, nachdem die USA, die EU und Großbritannien die Sanktionen gegen russisches Gold verhängt hatten.

Jetzt allerdings scheinen die Drohungen der USA auch auf die Kreditinstitute in den Emiraten zu wirken, berichtet die Berliner Zeitung. Banken in den VAE hätten wegen des Risikos von Sekundärsanktionen den Zahlungsverkehr mit Russland eingeschränkt und damit begonnen, Konten von Unternehmen und Privatpersonen zu schließen.

Viele große Banken akzeptieren laut dem Verband der privaten Unternehmen, Business Russia, keine Zahlungen mehr aus Russland und tätigen auch keine Überweisungen nach Russland. Darüber hinaus schließen die Banken Konten von Unternehmen, deren Eigentümer russische Staatsbürger sind. Derartige Schwierigkeiten bestünden spätestens seit dem September 2023, hätten aber seit dem Jahreswechsel zugenommen.

Hintergrund sind verschärfte US-Sanktionen gegen Banken aus Drittländern, die mit Russland Geschäfte mache.

[Sanktionen der USA: Banken der VAE kündigen plötzlich russische Konten \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/sanktionen-der-usa-banken-der-uae-kuendigen-ploetzlich-russische-konten-10238882.html)

7. Blick über den Tellerrand

Serbien lehnt Beteiligung an Sanktionen weiterhin ab

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić lehnt eine Beteiligung seines Landes an Sanktionen gegen Russland weiterhin ab. Dies berichtet Euractiv. Auf staatlicher Ebene sei entschieden worden, dass Serbien den Konflikt wie alle anderen verurteilen werde, der Staat aber keine Sanktionen gegen Russland verhängen wolle. Damit ist Serbien der einzige Staat in Europa, der trotz Appelle der EU keine Sanktionen verhängt hat.

„Wir wollen uns nicht auf die Schulter klopfen, aber wie Sie sehen können, wird meine Antwort weiterhin lauten, dass wir versuchen werden, unsere Position so lange wie möglich zu verteidigen. Das haben wir zwei Jahre lang geschafft“, erklärte Vučić gegenüber Andrei Kondrashov, dem Generaldirektor der staatlichen russischen Nachrichtenagentur TASS. „Ob wir das auch weiterhin tun werden – ich weiß es nicht, aber ich hoffe es“, fügte Vučić hinzu. Vučić sagte, dass sein Land aus eigener Erfahrung wisse, „wie es sich an, wenn man sanktioniert wird“. Daher wäre es „unfair, das russische Volk so zu behandeln.“ „Der einzige Staat, der keine Sanktionen verhängt hat, ist das kleine Serbien“, so Vučić. Bei jeder internationalen Veranstaltung, an der er teilnehme, „sind die Sanktionen gegen Russland das Hauptthema“, ergänzte er.

Auf die Frage nach dem Wesen der Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen dem russischen und dem serbischen Volk antwortete Vučić mit dem Sprichwort: „Ein Freund in der Not ist ein wahrer Freund.“

Zwar ist Serbien noch nicht formell verpflichtet, seine Außenpolitik an die Brüsseler Haltung gegenüber Russland anzupassen, da es in seinen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union das sechste Kapitel, das sich auf die Außen- und Sicherheitspolitik bezieht, noch nicht eröffnet hat. Dennoch wurde dieser Schritt von einem Staat erwartet, der bei der EU „an die Tür klopft.“

[Serbien bekräftigt Ablehnung von Sanktionen gegen Russland – Euractiv DE](#)

8. Termine

7. März 2024: Business for Business - Briefing für Unternehmen zur aktuellen Lage in Russland/Sanktionen, Online, 11:30-13:00 Uhr

Wir möchten Sie zu einer weiteren Ausgabe der Online-Veranstaltung Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Donnerstag, 7. März 2024 von 11:30 bis 13:00 Uhr einladen. Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Dieses Mal nehmen wir aus aktuellem Anlass vor allem die Aktualisierungen zum 12. Sanktionspakets und das neue 13. Sanktionspaket der EU in den Fokus.

Bitte beachten Sie den Anmeldeschluss am Mittwoch, den 6. März 2023 um 10:00 Uhr.

Das Programm reichen wir [hier](#) nach.

Die Veranstaltung richtet sich an Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen. Bei Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an C.Schuchart@oa-ev.de oder J.Boehlmann@oa-ev.de

Ukraine Recovery Conference (URC): Einbindung der Deutschen Wirtschaft und anstehende Termine

Am 11. und 12. Juni 2024 findet in Berlin die Ukraine Recovery Conference (URC2024) statt. Die Vorbereitungen seitens der Bundesregierung und der ukrainischen Regierung haben bereits begonnen. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, die Deutsche Industrie- und Handelskammer, die AHK Ukraine sowie Germany Trade and Invest (GTAI) stehen hierzu in engem Austausch mit den verantwortlichen Ministerien BMZ, AA und BMWK und haben bereits im Vorfeld der URC2024 Interessensbekundungen deutscher Unternehmen gesammelt und eingereicht. Das nächste De-Briefing des Ost-Ausschusses und der Partnerverbände zum Thema Vorbereitungen auf die URC2024 wird voraussichtlich **Mitte März** stattfinden. Davor gibt es voraussichtlich am **6. März** einen weiteren Online-Austausch zum Thema **privates Kapital in der Ukraine / Finanzierungsmöglichkeiten**. Die Mitglieder des Ost-Ausschusses erhalten rechtzeitig eine Einladung mit weiteren Details. Andere Interessenten können sich gerne an [Service Desk Ukraine](#) wenden.

9. Tipps & Links

Dieser Beitrag auf **Politico** befasst sich mit den **strategischen Entwicklungen von zwei Jahren Krieg in der Ukraine**. Scholz und Biden seien beide links sozialisierte und eher risikoscheue Politiker. Möglicherweise hätten sie direkte Drohungen Putins bezüglich einer atomaren Eskalation erhalten und agierten entsprechend vorsichtig. Dies könnte aber eine Strategie sein, die exakt zu weiteren Eskalationen führen könnte, so der Autor. [Why the West is losing Ukraine – POLITICO](#)

Der Kommentator der Frankfurter Rundschau zieht eine **Sanktionsbilanz** und hält die aktuellen Meldungen, nach denen sich die russische Wirtschaft erstaunlich robust entwickle, für übertrieben. Ein tieferer Blick in die Finanzen des Kreml zeichne ein trübes Bild. Russlands Anteil an der weltweiten Kaufkraft sei von etwa vier Prozent (Stand 2008) auf weniger als zwei Prozent gefallen. Viele Experten würden aktuell „tief sitzende“ Probleme ignorieren, die langfristig Russlands Wirtschaft plagen werden. [Sanktionen im Ukraine-Krieg: Russland plötzlich in Frühstufe des wirtschaftlichen Rückgangs](#)

In diesem dpa-Beitrag zu Sanktionen – erschienen in der Süddeutschen Zeitung - geht es um die alltägliche **Versorgungslage** der russischen Bevölkerung mit westlichen Waren. Diese sei weiterhin sehr gut, der Zugriff auf westliche Produkte letztlich nur eine Frage des Geldes, so das Fazit: [Handel - Russen haben sich an Sanktionen gewöhnt - Wirtschaft - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

Lutz Müller gibt in dieser Übersicht auf Piqd Tipps zu herausragenden Film-, Hör- und Text-Beiträgen rund um den **russischen Krieg in der Ukraine und dessen historischer Vorgeschichte**: [piqd | Der russische Überfall auf die Ukraine und tausend Jahre](#)

In diesem Podcast auf Te.ma unterhalten sich die beiden Sanktions-Experten Nicholas Mulder und Janis Kluge über **Erfolge und Misserfolge der westlichen Sanktionen** gegen Russland: [„Gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit ist viel beständiger, als wir dachten.“ Ein Gespräch mit Nicholas Mulder und Janis Kluge - te.ma](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 6.2.24):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine: [Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov/OFAC/basics/video-series-sanctions-list-search)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](https://www.make-it-in-germany.com)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](https://www.make-it-in-germany.com/gewinnung-und-beschaeftigung-von-russischen-fachkraeften) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/chronologische-uebersicht-ueber-eu-sanktionen-gegenueber-russland) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/finanzsanktionen-gegen-russland)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](https://www.aebrus.ru)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanktionstracker)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar: [Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs

a.metz@oa-ev.de

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

